

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Dr. Marco Mohrmann (CDU)

Werden in Niedersachsen Verstöße gegen das Tierschutzrecht nicht konsequent verfolgt?

Anfrage des Abgeordneten Dr. Marco Mohrmann (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 22.12.2022

In der *tageszeitung (taz)* vom 13.12.2022 wird berichtet, dass die Münchener Tierrechtsorganisation Soko Tierschutz Strafanzeige gegen einen niedersächsischen Oberstaatsanwalt wegen des Verdachts auf Strafvereitelung im Amt und Rechtsbeugung gestellt habe und seine Entlassung fordere. Der Oberstaatsanwalt sei in der Zentralstelle für Landwirtschaftsstrafsachen der Staatsanwaltschaft Oldenburg tätig, die Verstöße gegen Lebensmittel-, Futtermittel- und Arzneimittelvorschriften im Agrarbereich aus ganz Niedersachsen sowie Verstöße gegen den Tierschutz bei gewerblicher Nutztierhaltung bearbeite. Die in der *taz* durch die Soko Tierschutz erhobenen Vorwürfe lauten, dass „hunderte Verfahren eingestellt und die Verfahren, die schwerwiegendes Beweismaterial und öffentliches Interesse mit sich brachten, über Jahre verschleppt wurden“. Dadurch, so die *taz*, seien „Täter mit mildereren Strafen davongekommen. Ermittlungen seien schludrig geführt und Beweismittel unzureichend gesichert worden.“ Die Justiz sei, so der Vorwurf der *taz*, durch Untätigkeit zum Mittäter bei Tierschutzverstößen geworden. Im Fall des Bad Iburger Rinderschlachthofs Temme seien 168 Verstöße gegen Tierschutzrecht durch die Soko Tierschutz dokumentiert worden, aber nur 58 zur Anklage gekommen. Zudem, so die Soko Tierschutz, habe der angezeigte Oberstaatsanwalt schwerwiegende Straftatbestände ignoriert, u. a. die Möglichkeit, dass im Bad Iburger Schlachthof tote Tiere zu Lebensmitteln verarbeitet wurden: „Wegen des Verstoßes gegen die Tierische Lebensmittel-Hygieneverordnung sei gar nicht erst ermittelt worden“ wird der Leiter der Soko Tierschutz in der *taz* zitiert.

Im selben Artikel wird Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte mit der Aussage wiedergegeben, dass die „faktische Straflosigkeit bei Tierschutz-Verstößen ein in wissenschaftlichen Arbeiten diskutiertes Problem“ sei. Ministerin Staudte führt ferner aus, dass sie „es als Aufgabe für die neue Landesregierung (siehe), dass die zuständigen Ministerien dieses Thema strukturell beleuchten und neue Wege aufzeigen.“ Diese Auffassung, so Ministerin Staudte, teile auch das Justizministerium.

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass in der Oldenburger Schwerpunktstaatsanwaltschaft „hunderte Verfahren eingestellt und die Verfahren, die schwerwiegendes Beweismaterial und öffentliches Interesse mit sich brachten, über Jahre verschleppt wurden“?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass aufgrund des geschilderten Vorgehens in der Oldenburger Schwerpunktstaatsanwaltschaft Täter mit mildereren Strafen davongekommen sind?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass in der Oldenburger Schwerpunktstaatsanwaltschaft Ermittlungen „schludrig geführt und Beweismittel unzureichend gesichert“ wurden?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass strafrechtlich relevante Verstöße gegen das Tierschutz- und das Lebensmittelrecht im Falle des Bad Iburger Rinderschlachthofs Temme durch die Oldenburger Schwerpunktstaatsanwaltschaft nur unzureichend verfolgt worden sind?
5. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Oldenburger Schwerpunktstaatsanwaltschaft im Falle des Bad Iburger Rinderschlachthofs Temme schwerwiegende Straftatbestände ignoriert hat?
6. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Oldenburger Schwerpunktstaatsanwaltschaft im Falle des Bad Iburger Rinderschlachthofs Temme wegen des Verstoßes gegen die Tierische Lebensmittel-Hygieneverordnung nicht ermittelt hat?

7. Teilt die Landesregierung die von Ministerin Staudte wiedergegebene Meinung aus wissenschaftlichen Publikationen, dass die faktische Straflosigkeit bei Tierschutzverstößen ein Problem darstellt? Ist die Landesregierung der Auffassung, dass in Niedersachsen Verstöße gegen das Tierschutzrecht faktisch straflos bleiben?
8. Vor dem Hintergrund der Aussage der Ministerin, dass eine „faktische Straflosigkeit bei Tierschutz-Verstößen ein in wissenschaftlichen Arbeiten diskutiertes Problem sei“ und sie „es als Aufgabe für die neue Landesregierung (siehe), dass die zuständigen Ministerien dieses Thema strukturell beleuchten und neue Wege aufzeigen“: Sieht die Landesregierung strukturelle Defizite in der niedersächsischen Justiz?
9. Welche neuen Wege will Landwirtschaftsministerin Staudte aufzeigen, um etwaige strukturelle Defizite bei der Verfolgung von Tierschutzverstößen durch die niedersächsische Justiz zu beseitigen sowie die von ihr in Niedersachsen als möglich erachtete faktische Straflosigkeit bei Tierschutzverstößen zu beenden?
11. Teilt die Landesregierung die in der *taz* geäußerte Auffassung, dass es in Niedersachsen eine „Schonzeit für Tierquäler“ gibt?

(Verteilt am 27.12.2022)